

Die Frankfurter Studie

Eine Analyse der Wahlen an den hessischen Universitäten

Sind die Frankfurter Studenten unpolitisch geworden? An den Wahlen zum Universitätskonvent, zum Parlament der hessischen Gremien-Universität, haben sich nur 35,6 Prozent von ihnen beteiligt; im Dezember 1970, bei der ersten Wahl nach dem neuen hessischen Universitätsgesetz, hatten immerhin noch 47,4 Prozent der Frankfurter Studenten ihre Stimme abgegeben. Das Engagement bei den gleichzeitigen Wahlen zu den Fachbereichskonferenzen hat sogar noch stärker nachgelassen. In einigen Frankfurter Fachbereichen, die die Grundeinheiten für Forschung und Lehre bilden, ist die Schwelle von zwanzig Prozent nur knapp überschritten worden. Diese Wahlmüdigkeit ist um so überraschender, als Marburg mit einer studentischen Beteiligung von 58,4 Prozent an der Konventwahl ein relativ stolzes Ergebnis präsentiert. Gießen erreichte sogar eine sensationell hohe Wahlbeteiligung der Studenten von 64,5 Prozent; sie lag deutlich noch über den 56,5 Prozent der letzten Konventswahlen. In Darmstadt blieben die Studenten mit 45,3 Prozent zwar unter dem Quorum von 50 Prozent, aber im Vergleich zu Frankfurt schnitten sie noch gut ab. Sind damit in Hessen die Verhältnisse auf den Kopf gestellt worden? Weshalb trat Gießen aus dem Schlagschatten der „politischen“ Universitäten Frankfurt und Marburg?

Neuwahlen zum Konvent, zum Senat und zu den Fachbereichskonferenzen waren an den hessischen Universitäten erforderlich geworden, nachdem die Überleitung in die neue Personalstruktur abgeschlossen war und damit zum erstenmal außer den Gruppen der Hochschullehrer, der Studenten und der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter auch die Gruppen der Dozenten und der wissenschaftlichen Bediensteten wahlfähig wurden. Jede Gruppe, das war den Studenten bekannt, würde die volle Zahl der ihnen laut Gesetz zustehenden Sitze nur bei einer Wahlbeteiligung von fünfzig Prozent und mehr erreichen. Läge die Wahlbeteiligung unter dreißig Prozent, würde sie die Hälfte, läge sie unter fünfzig Prozent, ein Viertel ihrer Sitze verlieren. Dieses Quorum soll ein Stimulans sein für die Studenten — die Professoren brauchen es nicht; von ihnen wählen über neunzig Prozent.

In Gießen waren alle Gruppen daran interessiert, daß auch die Studenten die Fünfzigprozenthürde überschreiten. Der Konvent beschloß am 8. November 1972 gegen das Votum der Radikalen eine Wahlordnung, die alternativ

Brief- oder Urnenwahl vorsieht. Die Universitätsverwaltung schickte bereits bis Ende Januar an alle Professoren, Dozenten und Studenten, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bediensteten insgesamt über 26 000 Wahlbriefe; dafür hatte die Handdruckerei 93 verschiedene Arten von Stimmzetteln mit Auflagen zwischen 3000 und 15 000 hergestellt. Als die Urnenwahl begann, hatten sich schon fast fünfzig Prozent der so mundgerecht bedienten Studenten an der Briefwahl beteiligt. Weitere zwanzig Prozent gingen zur Urne. Der Aufwand — 19 000 Mark allein für Porto — hatte sich also gelohnt.

Aber die vorbildlichen technischen Handreichungen allein haben nicht dazu geführt, daß Gießen „als Sieger“ aus diesen Wahlen hervorgegangen ist. Der unterschiedliche Erfolg liegt auch am unterschiedlichen Klima in den hessischen Universitätsstädten. Politische Dauerspannung wie in Frankfurt kann ebenso zur Ermüdung führen wie geringes politisches Interesse, das am ehesten in Darmstadt anzutreffen ist. In Gießen herrscht noch so etwas wie der Wechsel von Spannung und Entspannung, der Regeneration ermöglicht, wenn auch nicht zu übersehen ist, daß auch dort dieses Gleichgewicht manchmal gefährdet ist.

Oberflächlich wäre es, wollte man die Frankfurter Wahlmüdigkeit nur auf die dort besonders hohe Wahlhäufigkeit zurückführen. Erst im Dezember war das Studentenparlament neu zu wählen, weil der Zweite Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs die Satzung der Studentenschaft und die nach ihr gewählten Organe für ungültig erklärt hatte. Sicher läßt die schnelle Aufeinanderfolge von Wahlen das Interesse erlahmen, aber die erschöpfende politische Dauerspannung in Frankfurt ist nicht damit, sondern aus der Politisierung aller Bereiche der Universität zu erklären. Wenn Wahlen dann, wie jetzt, auch noch am Semesterende stattfinden, wird das allgemeine Abschlagen besonders deutlich. In Frankfurt hat es — im Gegensatz zu Gießen — nicht einmal einen richtigen Wahlkampf unter den Studentenorganisationen gegeben. Darin sieht der Frankfurter Universitätspräsident Kantzenbach den Hauptgrund für die geringe Wahlbeteiligung.

In Gießen gibt es ferner am wenigsten politischen Etikettenschwindel. Den Studenten stellten sich Vereinigungen zur Wahl, die sich zwar nicht ganz, aber doch annähernd mit den politischen Parteien auf Bundesebene iden-

Maßnahmen bewiesen, daß die Politik der SPD und der FDP zu immer neuen Steuererhöhungen führe. Strauß wies den Anspruch der Bundesregierung, ihre Maßnahmen dienen der Preisstabilität, zurück. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg meinte, die Regierung habe die Chance gehabt, den Etat 1973 ohne Steuererhöhungen auszugleichen. Hierzu hätte sie alles, was über den stabilitätspolitischen Teil ihrer Maßnahmen hinausgehe, zunächst zurück-

e soll auf 5,5 Prozent v hr als 6 Milliarden Mark stilllegen / Stab

200 000 Mark für Verheiratete — ist so hoch angesetzt worden, daß nach Angaben von Finanzminister Schmidt davon nur etwa 150 000 natürliche Personen betroffen werden. Die höhere Mineralölsteuer, so meinen beide Minister, werde von den Gewerkschaften nicht zum Anlaß höherer Forderungen genommen werden.

Die Stabilitätsanleihe soll möglicherweise in mehreren Tranchen aufgelegt werden, um den Kapitalmarkt nicht überzustrapazieren. Die Konditionen sind noch nicht festgelegt worden. Die Anleihe soll natürlichen Personen angeboten werden; an Steuerbegünstigung oder einen „Sozialrabatt“ ist nicht gedacht. Die Bedingungen, so sagte Schmidt, müßten aber so sein, daß der Bund die Anleihe am Markt verkaufen könne. Insgesamt wird der Bund den Kapitalmarkt in diesem Jahr mit einem Nettobetrag von acht Milliarden Mark beanspruchen: vier Milliarden Mark zur Abschöpfung von Kaufkraft und vier Milliarden Mark zur Finanzierung von Ausgaben. Über die Verwendung der Stabilitätsanleihe zu einem späteren Zeitpunkt ist noch nichts festgelegt. Finanzminister Schmidt meinte jedoch, es sei denkbar, die Mittel in späteren Jahren zur Verminderung der Kreditaufnahme heranzuziehen.

Mao - Besiegelung der I

a hat offensichtlich die Zustimmung der
Pekinger Korrespondenten Ul

kanischer Unterhändler ohne Kabinettsrang von dem 77-jährigen chinesischen Parteivorsitzenden zu einer, wie es amtlich heißt, „offenen und weitreichenden Aussprache in ungezwungener Atmosphäre“ geladen wird, bestätigt, daß Pekings Öffnung gegenüber Amerika vom ganzen Spektrum der Führung Chinas gutgeheißen wird. Der Vorgang zeigt Mao im Zentrum der von Tschou En-lai diplomatisch vorbereiteten Entscheidung, wenngleich in philosophischer Distanz zum techni-

1x Herrn Gensel
1x HA Gensel
1x HA Gensel